

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Berivan Aslan (GRÜNE), Jaafar Bambouk, MA (GRÜNE), Georg Prack, BA (GRÜNE) und David Ellensohn (GRÜNE) zu Post Nr. 2 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 18.02.2026.

Berücksichtigung integrationspolitischer Auswirkungen auf die Stadt Wien bei der Umsetzung des EU-Asyl- und Migrationspakts

Integration findet in Städten und Gemeinden statt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen des Asyl- und Fremdenrechts beeinflussen maßgeblich, ob Integration frühzeitig gelingt oder langfristig erschwert wird. Lange Verfahren, rechtliche Unsicherheit, Freiheitsbeschränkungen und Familientrennungen wirken sich unmittelbar auf Betroffene, Bildungseinrichtungen, soziale Dienste und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Wien aus.

Die Stellungnahmen von Diakonie, Rotem Kreuz und UNHCR verdeutlichen, dass bestimmte bundesgesetzliche Regelungen integrationshemmende Effekte haben können und zugleich höhere Folgekosten für Länder und Gemeinden verursachen.

Wien ist in besonderem Maße darauf angewiesen, dass bundesrechtliche Vorgaben integrationsfördernd, rechtsstaatlich und menschenrechtskonform ausgestaltet sind.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat ersucht die amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte, gegenüber der Bundesregierung – insbesondere dem Bundesminister für Inneres – darauf hinzuwirken, dass bei der Umsetzung des EU-Asyl- und Migrationspakts die Auswirkungen auf Integration, den sozialen Zusammenhalt und kommunale Strukturen systematisch berücksichtigt und diesbezügliche Verwaltungsverfahren so ausgestaltet werden, um unnötige Bürokratie und soziale Folgekosten zu vermeiden. Wien soll frühzeitig und verbindlich in integrationsrelevante Regelungen eingebunden sein.

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte.

Wien, am 18.2.2026

